

# Allgemeine Einkaufsbedingungen der WESTFA Energy Gruppe

(zur Verwendung in Vertragsbeziehungen über die Beschaffung von Nicht-Handelsware)

## 1. Anwendungsbereich & Allgemeines

- 1.1. Bestellungen der Unternehmen der WESTFA Energy Gruppe (WESTFA Energy GmbH, HRB 10849 AG Hagen, sowie nach §§ 15 ff. AktG verbundene Unternehmen; „Auftraggeber“) beim Lieferanten („Auftragnehmer“) richten sich ausschließlich nach den vorliegenden Einkaufsbedingungen („AEB“), soweit nicht schriftlich etwas anderes vereinbart ist. Anderslautenden Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers wird ausdrücklich widersprochen.
- 1.2. Die vorbehaltlose Annahme von Waren oder Dienstleistungen inklusive der dazu erforderlichen Dokumentation (nachfolgend einheitlich als "Ware" oder "Liefergegenstand" bezeichnet) oder die widerspruchslose Bezahlung durch den Auftraggeber bedeutet in keinem Fall die Anerkennung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers.

## 2. Gegenstand der Bestellung

- 2.1. Lieferverträge (Bestellungen und Annahme) und Lieferabrufe bedürfen der Schriftform. Bestellungen und Lieferabrufe können auch per Telefax oder E-Mail vorgenommen werden.
- 2.2. Nachträgliche Änderungen der Lieferbedingungen sowie mündliche Nebenabreden, bedürfen zur Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung des Auftraggebers.
- 2.3. Kostenvoranschläge sind verbindlich und nicht zu vergüten, es sei denn, es wurde schriftlich etwas anderes vereinbart.
- 2.4. Der Auftraggeber kann zumutbare Änderungen des Liefergegenstandes in Konstruktion und Ausführung verlangen. Die Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der Mehr- oder Minderkosten sowie Liefertermine sind angemessen und einvernehmlich zu regeln.
- 2.5. Nimmt der Auftragnehmer die Bestellung nicht innerhalb von zwei Werktagen seit Bestelldatum an („Auftragsbestätigung“), ist der Auftraggeber zum Widerruf berechtigt, ohne dass dem Auftragnehmer daraus Schadensersatzansprüche zustehen. Lieferabrufe werden spätestens verbindlich, wenn der Auftragnehmer nicht binnen zwei Werktagen seit Zugang schriftlich widerspricht.
- 2.6. Sämtliche Kommunikation sowie (Begleit-)Dokumente des Auftragnehmers, welche die Leistungsgegenstand betreffen, haben - beginnend mit der Auftragsbestätigung - die vom Auftraggeber übermittelten eindeutigen Referenzmerkmale, insbesondere die Bestellnummer (Purchase Order ID) zu führen. Dieses schließt auch Dokumente aus dem Rechnungswesen ein.
- 2.7. Sämtliche Beratungsleistungen (Dienst- und/oder Werkleistungen) sind vom Auftragnehmer mindestens monatlich in einem vom Auftraggeber benannten Tool/Format zur Leistungs- und Zeiterfassung zu dokumentieren.

## 3. Preise, Zahlung

- 3.1. Ohne besondere Vereinbarung, gelten die Preise frei Standort des Auftraggebers verzollt einschließlich Verpackung zuzüglich MwSt. in gesetzlicher Höhe.
- 3.2. Ohne besondere Vereinbarung, zahlt der Auftraggeber entweder innerhalb von 15 Kalendertagen unter Abzug von 3% Skonto oder innerhalb von 60 Kalendertagen ohne Abzug, ab Fälligkeit der Entgeltforderung.
- 3.3. Die Zahlungsfrist beginnt, sobald der Leistungsgegenstand vollständig vertragsgemäß geliefert/erbracht und die ordnungsgemäß ausgestellte Rechnung eingegangen ist. Soweit der Auftragnehmer Materialeste, Prüfprotokolle, Qualitätsdokumente oder andere Unterlagen

zur Verfügung zu stellen hat, setzt die Vollständigkeit der Leistung auch den Eingang dieser Unterlagen beim Auftraggeber voraus. Skontoabzug ist auch dann zulässig, wenn der Auftraggeber aufrechnet oder Zahlungen in angemessener Höhe aufgrund von Mängeln zurückhält; die Zahlungsfrist beginnt in letzterem Fall nach vollständiger Beseitigung der Mängel. Bei vereinbarten Abschlagszahlungen beginnt die Zahlungsfrist mit dem Tag des Eingangs einer prüffähigen Abschlagsrechnung. Bei einer vereinbarten Abschlagszahlung ist in jedem Fall eine Endrechnung unter Berücksichtigung der Anforderungen des Auftraggebers zu stellen und diese als solche zu kennzeichnen.

- 3.4. Zahlungen bedeuten keine Anerkennung der Leistungen als vertragsgemäß. Sofern es sich um Beratungsleistungen handelt, hat die Rechnungsstellung monatlich zu erfolgen. Der Rechnung ist zusätzlich ein vorab vom Auftraggeber genehmigter, Zeit- und Leistungsnachweis beizufügen.
- 3.5. Teillieferungen und verfrühte Lieferungen sind unzulässig, außer der Auftraggeber hat diesen ausdrücklich schriftlich zugestimmt. Bei Annahme verfrühter Lieferungen richtet sich die Fälligkeit nach dem vereinbarten Zahlungstermin, im Zweifel frühestens nach dem vereinbarten Liefertermin.
- 3.6. Bei Verträgen, die den Auftragnehmer zu einer über einen längeren Zeitraum laufenden, oder periodisch zu erbringenden Leistung verpflichten (beispielsweise Wartungsverträgen), erfolgen Rechnungstellung und Zahlung in zu vereinbarenden Zeiträumen (monatlich oder quartalsweise) nachschüssig pro rata temporis.

## 4. Lieferung und Abnahme, Fristen, Lieferverzug, Vertragsstrafe

- 4.1. Vereinbarte Termine und Fristen sind verbindlich. Maßgebend für die Einhaltung des Liefertermins oder der Lieferfrist ist der Eingang der Ware an der vom Auftraggeber angegebenen bzw. vereinbarten Verwendungsstelle/ Erfüllungsort sowie die erfolgreiche Wareneingangsprüfung und – soweit vereinbart – Abnahme. Bei Werkverträgen sind die vereinbarten Fristen für die Erstellung des Werkes im abnahmefähigen Zustand maßgeblich. Erfüllungsort ist die in der Bestellung angegebene Sitz des Auftraggebers, es sei denn, ein anderer Ort ist ausdrücklich angegeben. Ist nicht Lieferung frei Standort des Auftraggebers verzollt vereinbart, hat der Auftragnehmer die Ware unter Berücksichtigung der üblichen Zeit für Verladung und Versand rechtzeitig bereit zu stellen. Im Übrigen stimmt sich der Auftragnehmer in solchen Fällen mit dem Spediteur des Auftraggebers ab.
- 4.2. Die vorbehaltlose Annahme der verspäteten Lieferung oder Leistung enthält keinen Verzicht auf die dem Auftraggeber wegen der verspäteten Lieferung oder Leistung zustehenden Ersatzansprüche.
- 4.3. Werden vereinbarte Termine nicht eingehalten, gelten die gesetzlichen Vorschriften. Sieht der Auftragnehmer Schwierigkeiten voraus, die ihn an der termingerechten Lieferung oder an der Lieferung in der vereinbarten – bzw. abnahmefähigen - Qualität hindern könnten, hat er den Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe zu informieren. Außerdem ist der Auftraggeber vorbehaltlich weitergehender Rechte berechtigt, pro angefangene Woche der Lieferterminüberschreitung eine Vertragsstrafe von 0,5%, insgesamt maximal 10% des gesamten Auftragswertes zu verlangen, es sei denn, dass zwischen den Parteien für diesen Fall eine höhere Vertragsstrafe vereinbart worden ist. Auf

# Allgemeine Einkaufsbedingungen der WESTFA Energy Gruppe

(zur Verwendung in Vertragsbeziehungen über die Beschaffung von Nicht-Handelsware)

Schadenersatzansprüche wegen Überschreitung des Liefertermins wird die verwirkte Vertragsstrafe angesetzt.

- 4.4. Hat der Auftragnehmer die Aufstellung, Ein-/ Ausbau oder die Montage übernommen, trägt er vorbehaltlich abweichender Regelungen alle erforderlichen Nebenkosten.
- 4.5. Der Auftragnehmer trägt die Gefahr bis zur Annahme durch den Auftraggeber oder seinen Beauftragten an dem Ort, an den die Ware auftragsgemäß zu liefern ist.
- 4.6. Der Auftragnehmer garantiert eine vollständige Warenausgangsprüfung zur Belieferung mit Nullfehlerqualität. Die Annahme steht unter dem Vorbehalt der Untersuchung auf Mangelfreiheit, insbesondere auf Richtigkeit, Vollständigkeit und Tauglichkeit; sowie unter dem Vorbehalt der Abnahme, soweit eine solche vereinbart ist. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Liefergegenstand zu untersuchen, soweit und sobald dies nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Entdeckte Mängel werden von ihm unverzüglich gerügt. Insoweit verzichtet der Auftragnehmer auf den Einwand der verspäteten Mängelanzeige.
- 4.7. Für Stückzahlen, Gewichte und Maße sind, vorbehaltlich eines anderweitigen Nachweises, die vom Auftraggeber bei der Wareingangskontrolle ermittelten Werte maßgebend.
- 4.8. Sofern nicht anders durch Verweis auf eine Endbenutzer-Lizenzvereinbarung („EULA“) oder durch vertragliche Bedingungen geregelt, gilt Folgendes: An Software, die zum Produktlieferumfang gehört, einschließlich ihrer Dokumentation, hat der Auftraggeber das zeitlich und räumlich weltweit uneingeschränkte, übertragbare Recht zur Nutzung mit den vereinbarten Leistungsmerkmalen, entsprechend einer vertragsgemäßen Verwendung des Produkts, sowie das Recht zur Weiterveräußerung gemeinsam mit dem Produkt. Er darf auch ohne ausdrückliche Vereinbarung eine Sicherungskopie erstellen. Im Übrigen gilt folgendes: Soweit in Bezug auf den Leistungsgegenstand, einschließlich einzelner, optionaler Nutzungen des Leistungsgegenstandes, Schutzrechte des Auftragnehmers bestehen oder der Auftragnehmer solche Schutzrechte nach Lieferung erwirbt, erteilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber an diesen Schutzrechten für die Nutzung der von dem Auftragnehmer gelieferten Ergebnisse ein weltweites, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes, nicht-ausschließliches, unwiderrufliches, kostenloses, nicht unterlizenzierbares, aber auf spätere Erwerber der Ergebnisse oder daraus resultierender Produkte übertragbares Nutzungsrecht.
- 4.9. Der Auftragnehmer hat bei Bedarf auf Verlangen des Auftraggebers ein kostenfreies Konsignationslager einzurichten.

## 5. Geheimhaltung & Datenschutz

- 5.1. Alle durch den Auftraggeber im Zusammenhang mit dem Vertragszweck, bei Aufträgen oder Besprechungen zugänglich gemachten Informationen (einschließlich Merkmalen, die übergebenen Gegenständen, Dokumenten oder Software zu entnehmen sind, und sonstiger Kenntnisse oder Erfahrungen) sind, solange und soweit nicht nachweislich öffentlich bekannt, Dritten gegenüber geheim zu halten. Sie bleiben ausschließliches Eigentum des Auftraggebers und werden im Betrieb des Auftragnehmers nur Personen zur Verfügung gestellt, die zum Zweck der Lieferung an den Auftraggeber notwendigerweise herangezogen werden müssen und ebenfalls zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers dürfen solche Informationen – außer für Lieferungen an den

Auftraggeber selbst – nicht vervielfältigt oder gewerbsmäßig verwendet werden. Auf Anforderung des Auftraggebers sind alle von ihm stammenden Informationen (einschließlich Kopien und Aufzeichnungen) und leihweise überlassenen Gegenstände unverzüglich und vollständig an ihn zurückzugeben oder zu vernichten, verbunden mit einer entsprechenden schriftlichen Erklärung. Sofern die Parteien bezüglich des Leistungsgegenstandes eine Geheimhaltungsvereinbarung abgeschlossen haben, geht diese den Regelungen dieser Klausel vor.

- 5.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des Auftraggebers, den Auftraggeber als Referenz zu benennen und/oder mit Leistungen oder Produkten zu werben, die er im Rahmen des Vertragsverhältnisses mit dem Auftraggeber für diesen entwickelt hat.
- 5.3. Erhält der Auftragnehmer im Rahmen des Vertragszwecks Zugang zu personenbezogenen Daten, wird er die geltenden Datenschutzvorschriften, insbesondere die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) beachten und solche Daten dem Stand der Technik entsprechend schützen. Der Zugang und die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Auftrag vom Auftraggeber ist nur nach Abschluss der erforderlichen Auftragsverarbeitungsvereinbarung („AV“) zulässig. Der Auftragnehmer sichert zu, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten, die dem Auftraggeber zuzurechnen ist, nur innerhalb des Gebietes eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfolgt. Der Auftragnehmer wird die jeweiligen Mitarbeiter verpflichten, die bestehenden Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 1 DSGVO) zu beachten, insbesondere die Vertraulichkeit solcher Daten gem. Art. 28 Abs. 3 lit. b) DSGVO zu wahren sowie solche Daten ausschließlich auf Anweisung gemäß Art. 29 und 32 Abs. 4 DSGVO zu verarbeiten.

## 6. Erfindungen, Schutzrechte

- 6.1. An schutzfähigen Erfindungen im Rahmen der Rechtsbeziehungen zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber, insbesondere bei Entwicklungsleistungen, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber sowie allen verbundenen Unternehmen des Auftraggebers ein unentgeltliches, übertragbares und zeitlich und räumlich unbegrenztes Nutzungsrecht ein.
- 6.2. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte an solchen Informationen (einschließlich Urheberrechten und dem Recht zur Anmeldung gewerblicher Schutzrechte) vor. Soweit der Auftraggeber solche Informationen von Dritten erhalten hat, gilt dieser Vorbehalt auch zugunsten dieser Dritten.
- 6.3. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass die Liefergegenstände des Auftraggebers international eingesetzt werden. Er sichert zu, dass er dem Auftraggeber bereits vor Auftragsvergabe insoweit veröffentlichte und nicht-öffentliche, eigene und lizenzierte Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen an dem Liefergegenstand mitgeteilt hat.
- 6.4. Die Vertragspartner unterrichten sich unverzüglich von bekanntwerdenden Verletzungsrisiken und angeblichen Verletzungsfällen und geben sich Gelegenheit, entsprechenden Ansprüchen einvernehmlich entgegenzuwirken.
- 6.5. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass gelieferte Leistungsgegenstände sowie deren übliche Benutzung kein geistiges Eigentum Dritter verletzen, insbesondere keine Urheber-, Patent-, Gebrauchsmuster-, Marken-, Design-

# Allgemeine Einkaufsbedingungen der WESTFA Energy Gruppe

(zur Verwendung in Vertragsbeziehungen über die Beschaffung von Nicht-Handelsware)

oder Lizenzrechte. Wird der Auftraggeber von einem Dritten aufgrund einer solchen Verletzung in Anspruch genommen, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern von diesbezüglichen Ansprüchen freizustellen. Dieser Anspruch besteht nicht, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die im vorhergehenden Satz genannte Rechtsverletzung weder kannte noch bei Anwendung kaufmännischer Sorgfalt, einschließlich einer zuvor durchgeführten umfassenden und aktuellen Prüfung nach Drittrechten in Bezug auf den Leistungsgegenstand und dessen jeweilige Benutzung, zum Zeitpunkt der Leistung hätte kennen können. Die Freistellungspflicht des Auftragnehmers bezieht sich auf alle unmittelbaren und mittelbaren Schäden, Kosten und Aufwendungen, die dem Auftraggeber aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen einschließlich der notwendigen Rechtsverfolgungskosten.

- 6.6. Der Auftragnehmer wird im Verhältnis zu seinen Arbeitnehmern, freien Mitarbeitern oder Dritten, soweit er sich dieser bei der Erbringung von Leistungen bedient, vertraglich sicherstellen, dass die Rechte nach den Ziffer 6.5 dem Auftraggeber zustehen und auch nicht durch die Beendigung der Verträge zwischen dem Auftragnehmer und den Dritten berührt werden. Andernfalls wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle daraus entstandenen Schäden und Aufwendungen einschließlich der Kosten angemessener Rechtsverteidigung ersetzen und den Auftraggeber insoweit von Ansprüchen Dritter freistellen, es sei denn, der Auftragnehmer hat dies nicht zu vertreten.

## 7. Verpackung, Lieferschein, Rechnung, Warenursprung

- 7.1. Bei Warenlieferungen ist die Ware transportgerecht zu verpacken. Verpackungen sind so zu gestalten, dass sie leicht trennbar und recyclebar sind, Mischgebände vermieden werden sowie Materialien aus natürlich nachwachsenden Rohstoffen verwendet werden. Entsprechende Produkt- und Materialinformation ist bereitzustellen.
- 7.2. Bei Warenlieferungen ist dem Auftraggeber ein Lieferschein und eine gesonderte Rechnung zu erteilen. Diese müssen neben den Pflichtangaben Folgendes beinhalten: Nummer des Auftragnehmers, SAP-Bestellnummer, Datum und Nummer der Bestellung bzw. des Lieferabrufes und Einkaufsabschlusses, Menge und Materialnummer, Nummer und Datum des Lieferscheins, Brutto- und Nettogewichte einzeln aufgeführt, Zusatzdaten des Auftraggebers (z.B. Abladestelle) sowie den vereinbarten Preis/ Mengeneinheiten. Jeder Lieferung muss ein Packzettel mit genauem Inhaltsverzeichnis unter Angabe der Bestellnummer beigelegt werden. Der Auftraggeber ist berechtigt, abweichend zusätzliche Inhalte der Rechnung und des Lieferscheins zu verlangen.
- 7.3. Bezieht sich die Rechnung auf verschiedene Bestellungen, sind die in Ziffer 7.2 gemachten Angaben für jede Bestellung gesondert aufzuführen. Solange diese Angaben fehlen, sind Rechnungen nicht zahlbar. Die Rechnung darf sich nur auf den Lieferschein beziehen.
- 7.4. Ein in der EU ansässiger Auftragnehmer hat dem Auftraggeber das Ursprungsland der Ware durch Langzeit-Lieferantenerklärung, ein nicht in der EU ansässiger Auftragnehmer durch Präferenznachweis oder Ursprungszeugnis zu dokumentieren. Eine Änderung des Warenursprungslandes ist dem Auftraggeber unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Kosten frei, die in Folge unzutreffender, unvollständiger oder fehlerhafter Ursprungsaussagen oder -dokumente entstehen.

## 8. Höhere Gewalt

- 8.1. Unverschuldete Lieferverzögerungen aus Ereignissen wie z.B. rechtlich zulässigen Arbeitskämpfen, unverschuldeten Betriebsstörungen, Unruhen, Epidemien, Pandemien, behördlichen Maßnahmen wie Quarantänebeschränkungen, Cyber Incidents und sonstigen unabwehrbaren Ereignissen („Höhere Gewalt“) berechtigen den Auftraggeber – unbeschadet seiner sonstigen Rechte – ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten, soweit sie eine erhebliche Verringerung, Veränderung oder zeitliche Verschiebung seines Bedarfs zur Folge haben und das Leistungshindernis länger als 4 (vier) Wochen andauert.

## 9. Gewährleistung

- 9.1. Die gesetzlichen Bestimmungen zu Sach- und Rechtsmängeln gelten, soweit nicht nachfolgend etwas anderes geregelt ist.
- 9.2. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass der Liefergegenstand frei von Mängeln ist, garantierte Daten und Beschaffenheiten aufweist, mit den vereinbarten Spezifikationen, Zeichnungen, Mustern und/oder Beschreibungen, mit den in den Spezifikationen ausdrücklich benannten sowie den im relevanten Markt einschlägigen Rechtsvorschriften und Normen übereinstimmt, keine Konstruktionsfehler aufweisen, von vertragsgemäßer Güte, für den vom Auftraggeber vorgesehenen Zweck oder Einsatz geeignet ist und nach dem zum Herstellungszeitpunkt anerkannten Stand der Technik hergestellt sind. Freigabevermerke des Auftraggebers auf Zeichnungen und Spezifikationen entbinden den Auftragnehmer nicht von der Gewährleistung.
- 9.3. Zeigt sich innerhalb von 6 Monaten seit Gefahrübergang ein Sachmangel, wird vermutet, dass er bereits bei Gefahrübergang vorhanden war, es sei denn, dies ist mit der Art der Sache oder des Mangels unvereinbar.
- 9.4. Der Auftraggeber darf die Art der Nacherfüllung wählen.
- 9.5. Sollte der Auftragnehmer nicht unverzüglich nach Aufforderung mit der Beseitigung des Mangels beginnen, darf der Auftraggeber in dringenden Fällen, insbesondere zur Abwehr von akuten Gefahren oder Vermeidung größerer Schäden, die Beseitigung auf Kosten des Auftragnehmers selbst vornehmen oder von dritter Seite vornehmen lassen.
- 9.6. Die Gewährleistungsfrist endet 24 Monate nach endgültiger Inbetriebnahme, spätestens jedoch 36 Monate nach Ablieferung an den Auftraggeber.
- 9.7. Bei Rechtsmängeln stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber und dessen Kunden außerdem von Ansprüchen Dritter frei. Für Rechtsmängel gilt eine Verjährungsfrist von 10 Jahren.
- 9.8. Für innerhalb der Verjährungsfrist reparierte Teile der Lieferung wird die Verjährungsfrist unterbrochen, bis der Auftragnehmer die Ansprüche auf Nacherfüllung vollständig erfüllt hat.
- 9.9. Kosten des Auftraggebers infolge mangelhafter Lieferung des Vertragsgegenstandes, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits-, Materialkosten oder Kosten für eine den üblichen Umfang übersteigende Eingangskontrolle, trägt der Auftragnehmer; ebenso Kosten, die der Auftraggeber seinen Kunden gegenüber zu tragen hat, insbesondere bei einer vom Auftragnehmer zu vertretenden Pflichtverletzung in Form der Nichtlieferung. Dies gilt analog im Fall des Scheiterns einer vereinbarten Abnahme aus nicht vom Auftraggeber zu vertretenden Gründen.
- 9.10. Nimmt der Auftraggeber von ihm hergestellte und/ oder verkaufte Erzeugnisse oder Dienstleistungen infolge der

# Allgemeine Einkaufsbedingungen der WESTFA Energy Gruppe

(zur Verwendung in Vertragsbeziehungen über die Beschaffung von Nicht-Handelsware)

Mangelhaftigkeit des vom Auftragnehmer gelieferten Vertragsgegenstandes zurück oder wurde deswegen dem Auftraggeber gegenüber der Kaufpreis gemindert oder er in sonstiger Weise in Anspruch genommen, behält er sich den Rückgriff gegenüber dem Auftragnehmer vor; dabei bedarf es nicht einer sonst für Mängelrechte erforderlichen Fristsetzung.

- 9.11. Kommt der Auftragnehmer seiner Gewährleistungsverpflichtung innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist schuldhaft nicht nach, so kann der Auftraggeber die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Auftragnehmers – unbeschadet seiner Gewährleistungsansprüche – selbst treffen oder von Dritten ausführen lassen. Ferner ist der Auftraggeber im Fall der Überschreitung von vereinbarten Fristen zur außerordentlichen Kündigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund berechtigt.

## 10. Haftung

- 10.1. Der Auftragnehmer ist dem Auftraggeber zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dem Auftraggeber unmittelbar oder mittelbar infolge einer schuldhaft mangelhaften Leistung oder Leistung wegen schuldhafter Verletzung sonstiger hauptvertraglicher oder nebenvertraglicher Pflichten oder aus anderen, dem Auftragnehmer zuzurechnenden Rechtsgründen entsteht.
- 10.2. Wird der Auftraggeber aufgrund Produkthaftung in Anspruch genommen, stellt der Auftragnehmer ihn frei, sofern und soweit der Schaden durch einen Fehler der vom Auftragnehmer gelieferten Ware verursacht wurde. Bei verschuldensabhängiger Haftung gilt dies jedoch nur, wenn den Auftragnehmer ein Verschulden trifft. Sofern die Schadensursache im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegt, trägt er insoweit die Beweislast. Der Auftragnehmer übernimmt in diesen Fällen alle Kosten und Aufwendungen, einschließlich der Kosten einer etwaigen Rechtsverfolgung oder Rückrufaktion.
- 10.3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zum Abschluss und zur Aufrechterhaltung einer Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung unter Einschluss von Vermögensschäden, entgangenen Gewinn sowie Rückrufkosten bei einem im Bereich der EU zugelassenen Versicherer. Die Deckungssumme muss für den Personen- und Sachschaden pro Schadensfall sowie den Bereich der Vermögensschäden und Rückrufkosten jeweils mindestens EUR 5 Mio. betragen.

## 11. Abtretung von Forderungen

Ohne vorherige schriftliche Zustimmung, die nicht unbillig verweigert werden darf, darf der Auftragnehmer seine Forderungen gegen den Auftraggeber nicht abtreten oder durch Dritte einziehen lassen.

## 12. Eigentum

Unter Eigentumsvorbehalt stehende Liefergegenstände darf der Auftraggeber im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverlaufs weiter veräußern, vermischen, verbinden oder verarbeiten, verpfänden oder zur Sicherheit übereignen.

## 13. Qualität und Dokumentation

- 13.1. Der Auftragnehmer hat für seine Lieferung den Stand von Wissenschaft und Technik, die Sicherheitsvorschriften und vereinbarten technischen Daten einzuhalten. Er muss ein entsprechendes Qualitätsmanagement einrichten und nachweisen.
- 13.2. Der Auftragnehmer muss in seinen Qualitätsaufzeichnungen für alle Produkte festhalten, wann, wie und durch wen deren mangelfreie Herstellung sichergestellt

wurde. Diese Nachweise sind 15 Jahre aufzubewahren und dem Auftraggeber bei Bedarf vorzulegen. Der Auftragnehmer ist zur Verkürzung der Aufbewahrungsdauer berechtigt, wenn er Gefahren für Leben und Gesundheit beim Gebrauch der Produkte ausschließen kann. Vorlieferanten hat der Auftragnehmer im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten in gleichem Umfang zu verpflichten.

- 13.3. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Auftragnehmer regelmäßig zu auditieren.

## 14. Verhaltenskodex/Sorgfalt in der Lieferkette

- 14.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Gesetze der jeweils anwendbaren Rechtsordnung(en), sowie die einschlägigen Embargo- und/oder Sanktionsbestimmungen, einzuhalten. Insbesondere wird er sich weder aktiv noch passiv, direkt oder indirekt an jeder Form der Bestechung, der Verletzung der Grundrechte seiner Mitarbeiter oder der Kinderarbeit beteiligen. Er wird im Übrigen Verantwortung für die Gesundheit und Sicherheit seiner Mitarbeiter am Arbeitsplatz übernehmen und die Umweltschutzgesetze beachten.
- 14.2. Der Auftragnehmer trifft die erforderlichen organisatorischen Anweisungen und Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Objektschutz, Geschäftspartner-, Personal- und Informationssicherheit, Verpackung und Transport, um die Sicherheit in der Lieferkette gemäß den Anforderungen entsprechender international anerkannter Initiativen auf Grundlage des WCO SAFE Framework of Standards (z.B. AEO, C-TPAT) zu gewährleisten. Er schützt seine Lieferungen und Leistungen an den Auftraggeber oder an vom Auftraggeber bezeichnete Dritte vor unbefugten Zugriffen und Manipulationen. Er setzt für solche Lieferungen und Leistungen ausschließlich zuverlässiges Personal ein und verpflichtet etwaige Unterauftragnehmer, ebenfalls entsprechende Maßnahmen zu treffen. Für die Zusammenarbeit vereinbaren die Parteien die Geltung der Regelungen des Verhaltenskodex auffindbar unter [https://www.mabanaft.com/fileadmin/user\\_upload/downloads/Mabanaft\\_Code-of-Conduct\\_de.pdf](https://www.mabanaft.com/fileadmin/user_upload/downloads/Mabanaft_Code-of-Conduct_de.pdf). Diese Vereinbarung gilt als Grundlage für alle zukünftigen Lieferungen. Die Parteien verpflichten sich, die Grundsätze und Anforderungen des Verhaltenskodex zu erfüllen und – sofern vereinbart – sich darum zu bemühen ihre Unterauftragnehmer vertraglich zur Einhaltung der in diesem Dokument aufgeführten Standards und Regelungen zu verpflichten. Ein Verstoß gegen diesen Verhaltenskodex kann für den Auftraggeber Grund und Anlass sein, die Geschäftsbeziehungen einschließlich aller zugehörigen Lieferverträge zu beenden.
- 14.3. Der Auftraggeber erwartet vom Auftragnehmer, dass hinsichtlich der Liefergegenstände alle gesetzlichen Bestimmungen und international anerkannten Standards zur Lieferkette von diesem eingehalten und entlang seiner Lieferkette angemessen adressiert werden. Hierbei verpflichtet sich der Auftragnehmer insbesondere zum Schutz der Umwelt und zur Achtung der Menschenrechte.
- Insoweit ist die Durchführung risikobasierter Kontrollen gesetzliche Pflicht. Der Auftragnehmer, als unmittelbarer Zulieferer, gewährt dem Auftraggeber deshalb ein Auditrecht zur Überprüfung der vorstehenden Verpflichtungen im Geschäftsbetrieb des Auftragnehmers.
- 14.4. Verstößt der Auftragnehmer schuldhaft gegen diese Verpflichtungen, so ist der Auftraggeber unbeschadet weiterer Ansprüche berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag zu kündigen. Sofern die Beseitigung der Pflichtverletzung möglich ist, darf dieses Recht erst nach fruchtlosem Verstreichen einer angemessenen

# Allgemeine Einkaufsbedingungen der WESTFA Energy Gruppe

(zur Verwendung in Vertragsbeziehungen über die Beschaffung von Nicht-Handelsware)

Frist zur Beseitigung der Pflichtverletzung ausgeübt werden.

## 15. Sicherheitsvorschriften für Auftragnehmer

- 15.1. Alle Auftragnehmer und Subunternehmer, die in den Industrie-Anlagen des Auftraggebers tätig sind, haben sich während der Dauer ihres Aufenthalts strikt an die „Sicherheitsvorschriften für Kontraktoren“ zu halten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Sicherheitsvorschriften aktiv anzufordern.
- 15.2. Der Auftragnehmer hat diese Vorgaben an die Subunternehmer weiterzuleiten und sicherzustellen, dass die Subunternehmer diese Bestimmungen auch einhalten.
- 15.3. Jeder Auftragnehmer und Subunternehmer hat selbst alle Sicherheitsvorschriften für Kontraktoren erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit auch die geltenden gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden, denn durch die Befolgung der von Oiltanking vorgegebenen „Sicherheitsvorschriften für Kontraktoren“ wird nicht gleichzeitig und automatisch auch die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften garantiert. Auch zusätzlich in den Arbeitsgenehmigungen vereinbarte Bedingungen und Anforderungen müssen eingehalten werden.

## 16. Compliance- und Sanktionsbestimmungen

- 16.1. Beide Parteien verpflichten sich, die am Ort ihrer jeweiligen Niederlassung und am Erfüllungsort des von diesen AEB geregelten Vertrages geltenden nationalen oder internationalen Sanktions-, Exportkontroll- und Anti-Korruptionsregelungen unter Beachtung anwendbarer Anti-Boykottregeln einzuhalten. Soweit danach die Durchführung eines Vertrages endgültig verboten ist, kann jede Partei vom Vertrag zurücktreten. Soweit der betreffende Vertrag nach den anwendbaren Regelungen durch Einholung einer Genehmigung oder eines Dispenses durchführbar werden kann, teilt die durch die Verbote belastete Partei dies der anderen unverzüglich mit und stellt unverzüglich einen entsprechenden Antrag auf Genehmigung. Wird diesem Antrag nicht oder nicht innerhalb einer Frist von 4 (vier) Wochen entsprochen, kann jede Partei vom Vertrag zurücktreten.
- 16.2. Soweit über Ziffer 15.1 hinaus Gesetze, Vorschriften, Verordnungen, Erlasse, Anordnungen, Forderungen, Ersuchen oder Anforderungen der Vereinten Nationen, der EU, eines EU-Mitgliedsstaates, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika oder anderer Staaten und internationaler Organisation sich für anwendbar erklären und die Durchführung des Vertrages verbieten, so dass eine Partei oder mit ihr verbundene Unternehmen dadurch der Gefahr einer Strafe oder Handelsbeschränkungen ausgesetzt würden, vereinbaren die Parteien unter Beachtung anwendbarer Anti-Boykottregeln, die daraus resultierende Belastung wie folgt zu behandeln:
  - Die dadurch belastete Partei (die „Betroffene Partei“) hat die betreffende Regelung und die daraus drohende Sanktion der anderen Partei unverzüglich schriftlich mitzuteilen;
  - die Betroffene Partei ist berechtigt, die Erfüllung der sanktionsbedrohten Leistung (Zahlung oder sonstige Leistung) auszusetzen, bis die drohende Sanktion ausgeräumt ist;
  - wenn das Hindernis, die Verpflichtung zu erfüllen, bis zum Ende des vereinbarten Erfüllungszeitraums fort dauert oder dies vernünftigerweise zu erwarten ist, können beide Parteien vom Vertrag zurückzutreten. Eine Zahlungsverpflichtung für bereits gelieferte Waren bleibt hiervon ausgenommen und entsprechend dem zweiten Unterabsatz weiterhin

ausgesetzt. Das Entstehen von Zinsen auf einen ausstehenden Zahlungsbetrag bleibt hiervon unberührt.

- Die andere Partei kann ihre Leistung während der Aussetzung der Leistung der Betroffenen Partei ebenfalls zurückhalten.

## 17. Schlussbestimmungen

- 17.1. Ausschließlicher Gerichtstand bei allen Rechtsstreitigkeiten, die sich mittelbar oder unmittelbar aus dem Vertragsverhältnis ergeben, ist Hamburg/Deutschland.
- 17.2. Sofern im Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist, wird das Schriftformerfordernis auch durch Übersendung per E-Mail oder Telefax oder andere vereinbarte elektronische Vertragsschlussverfahren, wie z. B. das DocuSign-e-Signature-Verfahren) erfüllt. Dies gilt auch für die Kündigung des oder den Rücktritt vom Vertrag, Änderung oder Ergänzung zu diesem Vertrag, oder eines Einzelvertrages sowie für das Zustandekommen, der Änderung oder Ergänzung eines Einzelvertrages. § 127 Abs. 2 und 3 BGB finden jedoch im Übrigen keine Anwendung.
- 17.3. Dem Auftragnehmer stehen keine Zurückbehaltungsrechte zu, soweit sie aus Gegenansprüchen aus anderen Rechtsgeschäften mit dem Auftraggeber herrühren.
- 17.4. Der Auftragnehmer kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen oder ein Zurückbehaltungsrecht gegen solche Forderungen geltend machen, die ausdrücklich schriftlich durch den Auftraggeber anerkannt oder rechtskräftig festgestellt worden sind.
- 17.5. Für die vertraglichen Beziehungen gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des Kollisionsrechts und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
- 17.6. Stellt ein Vertragspartner die Zahlungen ein oder droht das Insolvenzverfahren über sein Vermögen, ist der andere berechtigt, für den nicht erfüllten Teil vom Vertrag zurückzutreten.
- 17.7. Sollte eine Bestimmung dieser AEB und der getroffenen weiteren Vereinbarungen unwirksam sein oder werden oder eine Lücke enthalten, so bleiben die anderen Bestimmungen wirksam. Die Parteien sind verpflichtet, die unwirksame Bestimmung oder Lücke unverzüglich durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt. Gelingt dies nicht, gelten die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.

# WESTFA Energy Group - General Terms and Conditions of Purchase

(for use in contractual relationships for the procurement of non-tradable goods)

## 1. General scope

- 1.1. Orders placed by companies of the WESTFA Energy Group (WESTFA Energy GmbH, HRB 10849 AG Hagen, and companies affiliated with the WESTFA Energy Group in accordance with Sections 15 et seq. AktG affiliated companies; "Supplier") shall be governed exclusively by these General Terms and Conditions of Purchase ("GTCP"), unless otherwise agreed in writing. Any other terms and conditions of the Supplier are expressly rejected.
- 1.2. Unconditional acceptance of goods or services, including the necessary documentation (hereinafter uniformly referred to as "goods" or "delivery item") or the unconditional payment by the Customer, shall in no case constitute acceptance of the Supplier's General Terms and Conditions.

## 2. Subject of the order

- 2.1. Delivery contracts (orders and acceptance) and delivery call-offs must be in writing. Orders and delivery call-offs can also be made by fax or e-mail.
- 2.2. Subsequent amendments to the terms of delivery as well as verbal subsidiary agreements require the written confirmation of the Customer in order to be valid.
- 2.3. Quotations are binding and are not to be remunerated unless something else was agreed in writing.
- 2.4. The Customer may request reasonable changes to the construction and design of the goods. The effects, in particular with regard to additional or reduced costs and the delivery dates, shall be regulated appropriately and by mutual agreement.
- 2.5. If the Supplier does not accept the order within two working days of the order date ("order confirmation"), the Customer shall be entitled to revoke the order without the Supplier being entitled to any claims for losses and/or damages. Delivery call-offs shall become binding if the Supplier does not reject in writing within two working days of receipt at the latest.
- 2.6. All communication and (accompanying) documents of the Supplier relating to the goods shall, upon commencement of the order confirmation, include the unique reference features provided by the Customer, in particular the purchase order ID. This also includes documents from accounting management.
- 2.7. All consultancy services have to be documented at least on a monthly basis in detail by the Supplier using a time tracking tool / format specified by the Customer.

## 3. Prices, payment

- 3.1. Unless otherwise agreed all prices shall be considered duty paid at the location of the Customer including packaging and excluding statutory VAT.
- 3.2. Unless otherwise agreed, payment will be due within 15 calendar days less 3% discount or within 60 calendar days net without deduction as of the date the payment becomes due.
- 3.3. The payment period shall commence once the goods have been delivered/rendered in full and the properly issued invoice has been received by the Customer. Insofar as the Supplier has to provide material tests, test reports, quality documents or other documents, the goods are not considered complete until receipt of these documents by the Customer. Discount deduction shall also be permissible if the Customer offsets or withholds payments in an appropriate amount due to defects. In the latter case, the payment period shall commence after complete elimination of the defects. In the

case of agreed instalment payments, the payment period shall begin on the date of receipt of an auditable instalment payment invoice. If instalment is agreed, a final invoice taking into account the requirements of the Customer has to be provided in any case and to be identified as such.

- 3.4. Payments made shall not constitute acknowledgement of proper delivery. Invoices for consultancy services shall be made on a monthly basis and have to be accompanied by a time sheet approved in advance by the Customer.
- 3.5. Partial deliveries and early deliveries are not permitted unless the Customer has expressly agreed to them in writing. In the case of acceptance of early deliveries, the due date shall be based on the agreed payment date, in case of doubt on the agreed delivery date at the earliest.
- 3.6. In the case of contracts which oblige the Supplier to provide goods on an ongoing or periodic basis over a longer period of time (e.g., maintenance contracts), invoicing and payment shall be made in arrears pro rata temporis in periods to be agreed (monthly or quarterly).

## 4. Delivery and acceptance, delivery periods, delay in delivery, contractual penalty

- 4.1. Agreed delivery dates and deadlines are binding. Decisive for compliance with the delivery date is receipt of the goods at the place of use / place of performance specified or agreed by the Customer and successful incoming goods inspection and, if agreed, acceptance. In the case of contracts for work, the agreed deadlines for the production of work in a condition ready for acceptance shall apply. The place of performance shall be the registered office of the Customer stated in the order, unless another location is expressly stated. If it has not been agreed that delivery shall be free at the Customer's location and duty paid, the Supplier shall make the goods available in due time, taking into account the usual time required for loading and shipping. In all other respects, the Supplier shall consult with the Customer's forwarding agent in such cases.
- 4.2. Unconditional acceptance of the delayed delivery of goods may not be construed as a waiver of the Customer's claims for damage due to the delayed delivery.
- 4.3. If agreed delivery dates are not met, the statutory provisions under the applicable law shall apply. If the Supplier foresees difficulties which could prevent them from delivering on time or delivery of the agreed quality or delivery in quality capable of being accepted, the Supplier must inform the Customer immediately, stating the precise reasons. In addition, the Customer shall be entitled to demand a contractual penalty of 0.5% for each week or part thereof in which the delivery deadline is exceeded, up to a maximum of 10% of the total order value, unless a higher contractual penalty for this case has been agreed between the Parties. Any contractual penalty shall be offset against claims for damages/losses due to exceeding the delivery deadline. Any further rights of the Customer due to delayed deliveries remain thereby unaffected.
- 4.4. If the Supplier has assumed responsibility for installation, assembly or disassembly, the Supplier shall bear all necessary ancillary costs unless otherwise agreed.
- 4.5. The Supplier bears the risk until acceptance by the Customer or its representative at the place to which the goods are to be delivered in accordance with the contract.
- 4.6. The Supplier guarantees complete outgoing goods inspection for the delivery with zero-defect quality.

## WESTFA Energy Group - General Terms and Conditions of Purchase

(for use in contractual relationships for the procurement of non-tradable goods)

Delivery shall be subject to an inspection to ensure that the goods are free from any defects, in particular in regard to correctness, completeness and fitness for use and purpose, as well as subject to acceptance, if such acceptance has been agreed. The Customer shall be entitled to inspect the goods to the extent and as soon as this is feasible in the ordinary course of business. Any defects discovered shall be reported by the Customer without undue delay. In this respect, the Supplier will waive the claim of late notification of defects.

- 4.7. For quantities, weights and dimensions, the values determined by the Customer during the incoming goods inspection shall be decisive, subject to proof to the contrary.
- 4.8. Except as otherwise provided by reference to an End User License Agreement ("EULA") or by contractual terms and conditions, the following shall apply: The Customer shall have the right to use software belonging to the scope of delivery, including its documentation, with the agreed performance features, in accordance with the contractual use of the product, and the right to resell the software together with the product, without any restriction on time or location and transferability worldwide. The Customer may also make a backup copy without express agreement. In other respects, the following shall apply: Insofar as the Supplier's industrial property rights exist with respect to the goods, including individual, optional uses of the performance object, or the Supplier acquires such industrial property rights after delivery, the Supplier shall grant to the Customer, for use of the results delivered by the Supplier, a right of use of these industrial property rights that is valid worldwide, unlimited in terms of time and content, non-exclusive, irrevocable, royalty free and not capable of being sublicensed, but such right of use shall be transferable to later purchasers of the results or products resulting therefrom.
- 4.9. If required, the Supplier shall set up a consignment warehouse free of charge at the request of the Customer.

### 5. Confidentiality & Data Protection

- 5.1. All information that is disclosed by the Customer in connection with purposes of the contract through the execution of a purchase order or in discussions (including features that can be found in objects, documents or software provided and other knowledge or experience) shall be kept confidential as well as from third parties as long as and insofar as such information is not demonstrably known to the public. This confidential information shall remain the exclusive property of the Customer and shall only be made available within the Supplier's company to persons for whom knowledge of such information is necessary for the purpose of delivery to the Customer and who are likewise obliged to maintain confidentiality. Such information may not be reproduced or used commercially without the prior written consent of the Customer, except for deliveries to the Customer. At the Customer's request, all information originating from the Customer (including copies and records) and items provided on loan shall be returned to the Customer immediately and completely, or they are to be destroyed. This is to be done in conjunction with a corresponding written declaration. Insofar as the Parties have concluded a non-disclosure agreement, this shall take precedence over the provisions of this clause.
- 5.2. The Supplier undertakes to name the Customer as a reference and/or to advertise services or products which they have developed for the Customer within the

framework of the contractual relationship with the Customer only with the express prior consent of the Customer.

- 5.3. If, for the purposes of the contract, the Supplier should be given access to personal data, it must comply with all valid applicable data protection provisions, in particular the provisions of the General Data Protection Regulation ("GDPR"). The Supplier shall also ensure that such data is protected with state-of-the-art systems. Personal data may only be accessed and processed on behalf of the Customer if the corresponding required data processing agreement has been signed. The Supplier shall ensure that the processing of personal data that is attributable to the Customer will only take place within the territory of a Member State of the European Union, or in another signatory state to the Agreement on the European Economic Area. The Supplier shall oblige its employees to comply with the provisions for protecting personal data (Art. 4(1) GDPR), in particular with regard to maintaining the confidentiality of such data pursuant to Art. 28(3) lit. b GDPR, as well as to process such data only after being instructed to do so (Art. 29 and Art. 32(4) GDPR).

### 6. Inventions, industrial property rights

- 6.1. The Supplier hereby grants to the Customer and his affiliated companies a right to use patentable inventions free, transferable and unrestricted in regard to time and location within the scope of the legal relationship between the Supplier and Customer, in particular for development services.
- 6.2. The Customer reserves all rights to such information (including copyrights and the right to register industrial property rights). Insofar as the Customer has received such information from third parties, this reservation shall also apply in favour of these third parties.
- 6.3. The Supplier is aware that the goods will be used internationally. The Supplier assures that they have already notified the Customer of the use of published and unpublished, owned and licensed industrial property rights and applications for industrial property rights to the performance object prior to placing the order.
- 6.4. Each Party shall inform the other Party immediately of any risk of violation and alleged cases of infringement that become known and shall give each other the opportunity to counteract such claims by mutual agreement.
- 6.5. The Supplier guarantees that the goods and their customary use do not infringe any intellectual property rights of third parties, in particular no copyrights, patent rights, utility model rights, trademark rights, design rights or license rights. If a claim is asserted against the Customer by a third party due to such an infringement, the Supplier is obliged to indemnify the Customer against any claims in this respect upon first written request. This claim shall not exist if the Supplier proves that the Supplier had no knowledge of the infringement of rights mentioned in the previous sentence nor could have been aware of it at the time of performance by applying commercial principles, including comprehensive and current examination carried out beforehand in accordance with third-party rights with regard to the performance object and its respective use. The Supplier's obligation to indemnify shall apply to all direct and indirect damages/losses, costs and expenses necessarily incurred by the Customer as a result of or in conjunction with claims asserted by a third party, including the necessary costs of asserting legal claims.

## WESTFA Energy Group - General Terms and Conditions of Purchase

(for use in contractual relationships for the procurement of non-tradable goods)

6.6. The Supplier shall contractually ensure in relation to its employees, freelancers or third parties, to the extent that they make use of such in the provision of services, that the rights under clause 6.5 are due to the Customer and are not affected by termination of the contracts between the Supplier and third parties. Otherwise, the Supplier shall reimburse the Customer for all resulting damages/losses and expenses, including the costs of reasonable legal defense, and indemnify the Customer in this respect against claims by third parties, unless the Supplier is not legally responsible for them.

### 7. Packaging, delivery note, invoice, origin of goods

- 7.1. For deliveries of goods, the goods are to be packed in a customary and appropriate manner for transportation. Packaging must be designed in such a way that it is easy to separate and recycle, that mixed containers are avoided and that materials made from naturally renewable raw materials are used. The corresponding product and material information must be provided.
- 7.2. For deliveries of goods a delivery note and a separate invoice must be issued to the Customer for each consignment. Besides all mandatory information, the documents shall contain the following: The Supplier number, SAP-purchase order number, date and number of the purchase order or delivery call-off and conclusion of purchase, quantity and material number, number and date of the delivery note, itemized gross and net weights, additional data of the Customer (e.g., unloading point) plus the agreed price / quantity units. Each delivery must be accompanied by a packing slip with an exact list of contents and specification of the order number. The Customer shall be entitled to demand additional contents of the invoice and the delivery note in deviation from the above.
- 7.3. If the invoice relates to different orders, the information given in section 7.2 must be listed separately for each order. As long as these details are missing, the invoices are not due and payable. The invoice may only refer to the respective delivery note.
- 7.4. A Supplier based in the EU must document the country of origin of the goods for the Customer with a long-term Supplier's declaration; a Supplier outside of the EU must provide documentation using proof of preference or a certificate of origin. Any change in the country of origin of the goods must be reported to the Customer immediately and without prompting. The Supplier shall indemnify the Customer against all costs incurred as a result of incorrect, incomplete or erroneous statements or documents of origin.

### 8. Force majeure

Any circumstance not within the Party's reasonable control including but not limited to legally permissible labour disputes, operational disruptions through no fault, unrest, epidemics, pandemics, measures by public authorities like quarantine restrictions, Cyber Incidents and other unavoidable events ("Force majeure") shall entitle the Customer – without prejudice to its other rights – to withdraw from the contract in whole or in part insofar as such events result in a substantial reduction, change or postponement of their requirements and have a duration of more than 4 weeks.

### 9. Warranty

- 9.1. The statutory provisions on material defects and defects of title shall apply, unless otherwise regulated below.
- 9.2. The Supplier guarantees that the performance object is free from defects, can demonstrate the guaranteed data and characteristics, complies with the agreed

specifications, drawings, samples and/or descriptions, corresponds to the relevant market's legal provisions and standards expressly named in the specifications, does not exhibit any design defects, is of the quality specified in the contract, is suitable for the purpose or use intended by the Customer and has been manufactured in accordance with the state of the art recognized at the time of manufacture. The Customer's release notes on drawings and specifications do not release the Supplier from its warranty obligations.

- 9.3. If a defect becomes apparent within six months of transfer of risk, it shall be assumed that it was already present at the time of transfer of risk unless this is incompatible with the nature of the item or defect.
- 9.4. The Customer may choose the type of subsequent performance.
- 9.5. If the Supplier does not begin to remedy the defect immediately upon request, the Customer may, in urgent cases, in particular to avert acute risks or avoid major damage, remedy the defect themselves at the Supplier's expense or have it remedied by a third party.
- 9.6. The warranty period ends 24 months after final commissioning, but 36 months after delivery to the Customer at the latest.
- 9.7. In the event of defects of title, the Supplier shall also indemnify the Customer and their customers against claims by third parties. A limitation period of ten years applies to defects of title.
- 9.8. For parts of the delivery repaired within the limitation period, the limitation period shall be interrupted until the Supplier has completely fulfilled the claims for subsequent performance.
- 9.9. The Supplier shall bear the Customer's costs resulting from defective delivery of the contractual object, in particular transport, travel, labour and material costs or costs for an incoming goods inspection exceeding the usual scope; the Supplier shall also bear the costs which they have to bear towards their customers, in particular in the event of the Supplier's breach of obligations for which the Supplier is responsible in the form of non-delivery. This shall apply analogously in the event of failure of an agreed acceptance for reasons for which the Customer is not responsible.
- 9.10. If the Customer takes back products or services manufactured and/or sold by them due to defects of the contractual item delivered by the Supplier, or if the purchase price has been reduced or otherwise claimed against the Customer for this reason, the Customer reserves the right to take recourse against the Supplier; this does not require the setting of a time limit otherwise required for warranty rights.
- 9.11. If Supplier does not remedy the defect within a reasonable grace period set by the Customer, the Customer will be able to remedy the defect itself or have this carried out by third parties at Supplier's costs, notwithstanding Supplier's warranty obligation. Furthermore, the Customer shall be entitled to terminate the contractual relationship for good cause if the agreed periods are exceeded.

### 10. Liability

- 10.1. The Supplier shall be obliged to compensate the Customer for any damage/loss incurred by the Customer directly or indirectly as a result of culpable defective performance or performance due to culpable breach of other main contractual or ancillary obligations or for any other legal grounds attributable to the Supplier.



## WESTFA Energy Group - General Terms and Conditions of Purchase

(for use in contractual relationships for the procurement of non-tradable goods)

- 10.2. If a claim is made against the Customer on the basis of product liability, the Supplier shall indemnify and hold harmless the Customer if and to the extent that the damage was caused by a defect in the goods delivered by the Supplier. In the case of fault-based liability, the indemnification shall only apply if the Supplier is at fault. If the cause of the damages / losses lies within the Supplier's area of responsibility, the Supplier shall bear the burden of proof in this respect. In such cases, the Supplier shall bear all costs and expenses, including the costs of any legal action or recall action.
- 10.3. The Supplier shall be obliged to take out and maintain an appropriate business liability and product liability insurance policy, including damage to property damage, financial loss and recall costs with an insurer licensed in the EU. The coverage limit must be at least five million EUR per claim for personal injury and property damage plus product asset damage and recall costs.

### 11. Assignment of receivables

Without prior written consent, which may not be unreasonably withheld, the Supplier shall not assign their claims / receivables against the Customer or have them collected by third parties.

### 12. Property

Goods subject to retention of title may be resold, mixed, combined or processed, pledged or transferred by way of security by the Customer in the ordinary course of business.

### 13. Quality and documentation

- 13.1. The goods must comply with the state of the art in science and technology, the safety regulations and with the agreed technical data. The Supplier must set up and prove an appropriate quality management system.
- 13.2. The Supplier must keep quality records for all products of when, how and by whom their defect-free manufacture was ensured. This evidence must be kept for 15 years and presented to the Customer if required. The Supplier is entitled to shorten the retention period if they are able to exclude dangers to life and health in the use of the products. The Supplier shall oblige sub-suppliers to the same extent within the limits of the law.
- 13.3. The Customer shall be entitled to audit the Supplier on a regular basis.

### 14. Code of Conduct/Supply Chain

- 14.1. The Supplier is obliged to comply with the laws of the applicable legal system(s) and the relevant embargo and/or sanction provisions. In particular, the Supplier will not actively or passively, directly or indirectly participate in any form of bribery, violation of the fundamental rights of their employees or child labour. In addition, the Supplier will assume responsibility for the health and safety of its employees in the workplace and comply with environmental protection laws.
- 14.2. The Supplier shall provide / take the required organizational instructions and measures, in particular in the areas of property protection, business partner security, staff and information security, packaging and transport, to guarantee safety in the supply chain in accordance with the requirements of corresponding internationally recognized initiatives based on the WCO SAFE Framework of Standards (e.g., AEO, C-TPAT). The Supplier shall protect its deliveries and services to the Customer or to third parties designated by the Customer against unauthorized access and manipulation. The Supplier shall use only reliable staff for such deliveries and services

and shall impose a duty on any sub-contractors to also take corresponding measures. The Parties agree that the regulations of the Code of Conduct, which can be found at [https://www.mabanaft.com/fileadmin/user\\_upload/downloads/Mabanaft\\_Code-of-Conduct\\_en.pdf](https://www.mabanaft.com/fileadmin/user_upload/downloads/Mabanaft_Code-of-Conduct_en.pdf), shall apply for the cooperation. This contract shall apply as the foundation for all future deliveries. The Parties commit to comply with the principles and requirements of the Code of Conduct and - if agreed - to endeavor to contractually obligate their sub-contractors to comply with the standards and regulations set forth in this document. A violation of this Code of Conduct may be reason and cause for the Customer to terminate the business relationship including all related supply contracts.

- 14.3. The Customer expects the Supplier to comply with all statutory provisions and internationally recognized supply chain standards with regard to the delivery items and to address them appropriately along its supply chain. In particular, the Supplier undertakes to protect the environment and respect human rights.

In this respect, the implementation of risk-based controls is a legal obligation. The Supplier therefore grants the Customer an audit right to check the above obligations in the Supplier's business operations.

- 14.4. Should the Supplier culpably breach the aforementioned duties, the Customer shall be entitled, irrespective of further claims, to withdraw from the contract or terminate the contract. Insofar as a rectification of the breach of duty is possible, this right may only be exercised following expiry of a reasonable period of time for rectification of the breach of duty without success.

### 15. Safety Regulations for Suppliers

- 15.1. All Suppliers and subcontractors working on the industrial facilities of the Customer shall strictly comply with the "Safety Regulations for Contractors" during the period of their stay. The Supplier shall actively request the safety regulations.
- 15.2. The Supplier shall forward these Regulations to the subcontractors and ensure that the subcontractors also comply with these Regulations.
- 15.3. Each Supplier and subcontractor shall itself take all measures necessary to ensure that the applicable statutory provisions are also complied with. Compliance with the "Safety Regulations for Contractors" specified by Oiltanking does not automatically guarantee compliance with the statutory provisions. Additional conditions and requirements agreed in the work permits must also be complied with.

### 16. Compliance and Sanctions Provisions

- 16.1. Each Party undertakes to comply with all national or international sanctions, export control and anti-corruption regulations applicable at the location of their respective place of business and the respective place of performance considering all applicable anti-boycott rules. Where performance of the contract is definitively determined to be illegal, either Party shall have the right to terminate the contract. Where the contract may be performed with the approval or dispensation or order from the respective authorities, the Party affected by the prohibitions shall inform the other Party immediately and apply for such an approval with the relevant governmental authority. If the application is rejected or not approved within 4 (four) weeks of submission, each Party shall have the right to terminate the contract.
- 16.2. Beyond clause 15.1 of these GTCP insofar as any laws, regulations, orders, enactments, administrative decrees,

## WESTFA Energy Group - General Terms and Conditions of Purchase

(for use in contractual relationships for the procurement of non-tradable goods)

---

claims, requests or requirements of the United Nations, the EU, any EU-member state, the UK, the United States or other countries or international organizations declare themselves applicable and prohibit the performance of the contract and as a result either Party or their respective affiliate is exposed to potential fines or sanctions, the Parties considering any applicable anti-boycott rules agree that they will allocate the respective burdens as follows:

- The affected Party will inform the other Party immediately about the respective regulation and the imminent sanction.
- The affected Party shall have the right to suspend the sanctioned performance (payment or other service) until the sanction is lifted.
- If the performance obstruction continues until the end of the agreed compliance period or can be reasonably expected to continue beyond the agreed compliance period, either Party shall have the right to terminate the contract. Any and all payment obligations deriving from services delivered prior to performance obstruction shall remain in effect and suspended pursuant to the preceding paragraph. Applicable interest charges shall remain unaffected.
- The non-affected Party shall have the right to withhold or suspend performance during the suspension of the affected Party's performance.

### 17. Miscellaneous

- 17.1. The exclusive place of jurisdiction for all legal disputes arising directly or indirectly from the contractual relationship shall be Hamburg/Germany.
- 17.2. If not otherwise agreed in the contract, the required written form shall also be fulfilled by sending an e-mail or fax of the respective document or with an electronically transmitted signature, e.g. the DocuSign-Signature procedure. This also applies to termination of or withdrawal from a contract, amendment or supplement to this contract or an individual contract as well as to the conclusion, amendment or supplement of an individual contract. Except in that respect, however, the provisions in the German Civil Code, Section 127 (2) and (3) do not apply.
- 17.3. The Supplier is not entitled to any rights of retention insofar as they arise from counterclaims from other legal transactions with the Customer.
- 17.4. The Supplier may only offset such claims or assert a right of retention against such claims which have been expressly acknowledged in writing by the Customer or which have been established as legally binding.
- 17.5. The contractual relationship shall be governed exclusively by German law to the exclusion of the conflict of law provisions and the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG).
- 17.6. If either Party suspends payments or if insolvency proceedings are looming against its assets, the other Party shall be entitled to withdraw from the contract with respect to the part that has not been fulfilled.
- 17.7. In case any provision of these GTCP is or becomes invalid, the remaining provisions shall remain unaffected. The Parties hereby undertake to immediately replace the invalid or unenforceable provision by such a provision which meets as close as possible to the economic purpose of the invalid provision. If this is not successful, the relevant statutory provisions shall apply. The same shall apply to any loophole of these GTCP.